

Signatur: 2025.SR.0188
Geschäftstyp: Motion
Erstunterzeichnende: Alexander Feuz (SVP), Thomas Glauser (SVP), Georg Häsl-
ler (FDP)
Mitunterzeichnende: Thomas Hofstetter, Bernhard Hess, Ursula Stöckli
Einreichdatum: 12. Juni 2025

Motion: Mehr Sicherheit! Es braucht angesichts der erhöhten sicherheitspolitischen Herausforderungen mehr sichtbare Polizeipräsenz in der Stadt Bern! Die Zusatzvereinbarung mit der KAPO betr. polizeilicher Leistungen ist auf den Stand vor FIT II zurückzuführen!; Ablehnung

Auftrag

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt:

Der Gemeinderat habe die Zusatzvereinbarung mit der Kantonspolizei wieder auf den Stand vor FIT II zurückzuführen.

Begründung

Die SVP ist äusserst beunruhigt über die neusten sicherheitspolitischen Herausforderungen, denen sich auch die Stadt Bern stellen muss. Dabei sind sich die Motionäre bewusst, dass die nachfolgend aufgezeigten Gefahren und massiven Beeinträchtigungen, die ganze Schweiz betreffen. Es müssen frühzeitig die nötigen Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Betroffenen ergriffen werden. Massive Zunahme der Kriminalität, insbesondere wegen vielen straffälligen Personen aus den dem Kontext der irregulären Migration (vgl. entsprechende nachstehende Medienberichte); Zunahme aggressiver Demos insbesondere aus dem Umfeld der Hamas -Unterstützern /Schutz gefährdeter Personen; Hier sind insbesondere die Besucher der Synagoge gefährdet. Aber auch diverse diplomatischen Einrichtungen müssen gemäss dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen geschützt werden. Auch die Bewohner und Besucher der Stadt Bern sowie der öffentliche Verkehr werden durch die meist unbewilligten gewaltsamen Demonstration massiv beeinträchtigt und verängstigt. Der Bundesrat hat auf 2026 entsprechende Kredite zum Schutze Betroffener Personen bewilligt. In verschiedenen Städten der Schweiz wurde der ÖV während Stunden blockiert! Ergreifen geeigneter Massnahmen gegen Fentanyl-Welle; Hier ist in der ganzen Schweiz mit Drogenelend, Todesfällen mit vermehrt aggressiven Konsumenten zu rechnen. Es muss auf die leidvollen Erfahrungen im Ausland verwiesen werden. Im Rahmen der FIT II Sparmassnahmen wurden die Leistungen gemäss Zusatzvereinbarung mit der Polizei gekürzt. Die Motionäre ist der Auffassung, dass zum Schutz der Bewohner und Besucher der Stadt Bern die sichtbare Polizeipräsenz angesichts der vorstehenden begründeten Herausforderungen wieder verstärkt werden muss. Der Gemeinderat muss deshalb die Zusatzvereinbarung mit der Kantonspolizei wieder auf den Stand vor FIT II zurückzuführen. Diese geht auf eigenen Gegenvorschlag zurück, der 2010 vom Volk angenommen und 2013 umgesetzt wurde. Dessen Missachtung wird als krasse Verletzung des Volkswillens angesehen, der die erhöhte Polizeipräsenz klar bejahete. Nachfolgend wird ergänzend auf entsprechende Medienberichte verwiesen: Ad massive Zunahme der Kriminalität, insbesondere wegen Personen aus dem Bereich der irregulären Migration; Die Kantonspolizei präsentiert die neuesten Zahlen der Kriminalstatistik. Vermögensdelikte von Beschuldigten aus dem Bereich der irregulären Migration bleiben hoch.¹ Im Kanton Bern hat die Zahl der registrierten Straftaten im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Sie stieg um 17 Prozent auf 73'469 Straftaten und erreichte damit ein Zehn-Jahres-Hoch. Das geht aus der polizeilichen Kriminalstatistik 2024 hervor, welche die Kan-

¹ <https://www.bernerzeitung.ch/kanton-bern-mehr-straftaten-und-viele-vermoegensdelikte-659944423611>

tonspolizei Bern am Montag präsentierte. Stark zugenommen haben insbesondere Vermögensdelikte. So hat sich die Zahl der Einbrüche und Entreissdiebstähle beinahe verdoppelt. Dabei stammen viele Beschuldigte aus den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko, Tunesien und Libyen. Sie waren letztes Jahr beispielsweise für 89 Prozent aller Einbruchdiebstähle in Fahrzeuge verantwortlich, wie Martin Schindler, Chef der Kriminalabteilung, vor den Medien sagte. Oft handle es sich um Mehrfachtäter, so wie Anfang dieses Jahres im Berner Oberland: Drei Jugendliche wurden nach mehreren Einbruchsdelikten in Bönigen gefasst. Kaum waren sie wieder auf freiem Fuss, wurden sie wieder straffällig – diesmal in Thun. Abschiebung oft unmöglich «Wenn keine Haftgründe mehr vorliegen, müssen die Leute nach unseren Gesetzen wieder freigelassen werden», sagte Polizeikommandant Christian Brenzikofer. Wenn sie dann erneut Delikte verübten, werde die Staatsanwaltschaft allenfalls Untersuchungshaft wegen Mehrfachtäterschaft beantragen. Doch auch eine Verurteilung ändere nichts daran, dass eine Rückführung nicht möglich sei, wenn die Betroffenen nicht von einem Staat anerkannt würden oder ihre Identitätspapiere nicht beibringen könnten. «Also werden sie über kurz oder lang wieder auf der Strasse sein.» Ad Zunahme aggressiver Demos insbesondere aus dem Umfeld der Hamas. In Lausanne und Genf – Probleme im Bahnverkehr wegen pro-palästinensischer Demonstration.²

- Die Pro-Palästina-Demonstration vom Montagnachmittag führt auch am Dienstagmorgen noch zu Einschränkungen im Bahnverkehr.
- Aufgrund von Verspätungen und Ausfällen konnten die Züge nicht in die jeweiligen Depots fahren, wie die SBB mitteilt.
- Das führe dazu, dass der Bahnverkehr in der Westschweiz am Dienstagmorgen mit eingeschränkter Zug- und Sitzplatzverfügbarkeit stark eingeschränkt werde.
- Die SBB empfiehlt Reisenden, den Online-Fahrplan zu konsultieren.

Hunderte von pro-palästinensischen Demonstranten hatten am späten Montagnachmittag Gleise in den Bahnhöfen von Genf und Lausanne besetzt, um gegen den Krieg in Gaza zu protestieren. Der Zugverkehr wurde stark beeinträchtigt, es kam zu Verspätungen und Zugausfällen. Tausende blockierten am Montag die Perrons und Geleise – wie hier am Bahnhof Lausanne. RTS Fast 1000 Menschen versammelten sich gegen 18:15 Uhr in der Halle des Genfer Bahnhofs Cornavin, um ihre Unterstützung für die Menschen in Gaza und die Menschen auf dem humanitären Schiff auszudrücken, das von der israelischen Armee geentert wurde. Sie besetzen die Bahngleise 3 und 4. Der Zugverkehr wurde auf vier Gleisen unterbrochen. Die Demonstration endete gegen 19.30 Uhr. Nach Angaben der Polizei wurde eine Person wegen Sachbeschädigung festgenommen. In Lausanne demonstrierten ab 20 Uhr rund 2000 Personen auf den SBB-Gleisen in Lausanne und skandierten pro-palästinensische Parolen. Sie blieben ein paar Dutzend Minuten im Bahnhof und behinderten den gesamten Zugverkehr, bevor sie das Gelände verliessen und sich auf den Weg zum oberen Ende der Stadt machten, wie das Westschweizer Fernsehen RTS berichtete. «In Genf und in Lausanne haben Demonstrierende Bahngleise blockiert, um gegen den Krieg in Gaza zu protestieren. Die SBB wollen Anzeige erstatten. Wir haben mit den Aktivisten gesprochen.»³ Der Demonstrant findet, dass die Unannehmlichkeiten für die Zugreisenden «angesichts der Dringlichkeit der Situation in Gaza vernachlässigbar sind». Er lobt auch das Verhalten der Sicherheitskräfte, die niemanden festnahmen und auch nicht mit Gewalt eingriffen. Ad Vorfälle in der Stadt Bern: Die Demonstranten sagen zwar, die Synagoge sei nicht das Ziel gewesen, sondern die US-Botschaft. Aber angesichts der Gewalt misstraut die Jüdische Gemeinde der «Redlichkeit der Absichten».^{4 5 6} Ad Angst vor einer Fentanyl-Welle: Basel wappnet sich für das schlimmste Drogenszenario.⁷

² <https://www.srf.ch/news/schweiz/in-lausanne-und-genf-probleme-im-bahnverkehr-wegen-pro-palaestinensischer-demonstration#:~:text=Hunderte%20von%20pro%2Dpal%C3%A4stinensischen%20Demonstranten,kam%20zu%20Versp%C3%A4tungen%20und%20Zugausf%C3%A4llen.>

³ <https://www.bernerzeitung.ch/teilnehmer-ueber-den-pro-palaestina-sitzstreik-in-genf-und-lausanne-840023734087>

⁴ <https://www.bernerzeitung.ch/wie-die-palaestina-demo-in-bern-eskalierte-516853342915>

⁵ <https://www.bernerzeitung.ch/eskalierte-palaestina-demo-bern-so-reagiert-die-polizei-691040550084>

⁶ <https://www.derbund.ch/bern-palaestina-demonstration-auf-bahnhofplatz-783794497603>

⁷ <https://www.blick.ch/politik/angst-vor-einer-fentanyl-welle-basel-wappnet-sich-fuer-das-schlimmste-drogenszenario-id20902262.html>

Antwort des Gemeinderats

Mit vorliegender Motion wird eine Anpassung der Vereinbarung betreffend die Erhöhung der uniformierten präventiven Polizeipräsenz verlangt. Sowohl der Abschluss der Vereinbarung als auch deren Veränderung liegen in der gemeinderätlichen Zuständigkeit. Es kommt der Motion deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidverantwortung bleibt bei ihm.

Ressourcenvertrag und Vereinbarung betreffend Erhöhung der uniformierten Polizeipräsenz

Seit der Einführung der Einheitspolizei im Jahr 2008 kauft die Stadt Bern die sicherheits- und verkehrspolizeilichen Leistungen bei der Kantonspolizei Bern ein. Die Kantonspolizei ist darüber hinaus abschliessend und ausschliesslich für die Gerichtspolizei zuständig und verantwortlich. Diesbezüglich hat die Stadt Bern keine Leistungen eingekauft und auch keinerlei Kompetenzen. Die Abgeltung der Stadt ist im Ressourcenvertrag geregelt. Bei diesem Vertrag handelt es sich um einen Pauschalvertrag, welcher sämtlich notwendigen polizeilichen Leistungen mit einer Pauschale abgilt. Ein Teil der Leistungen bildet die uniformierte sichtbare Polizeipräsenz, welche in den Steuerungsvorgaben mit dem Grundstock von 72 000 Stunden pro Jahr festgelegt wurde. Es ist wichtig zu betonen, dass die Leistungen der Kantonspolizei umfassend sind und sich nicht auf die Polizeipräsenzstunden beschränken. Im Jahr 2008 wurde die erwähnte Pauschalentschädigung an die Kantonspolizei für sämtliche Leistungen auf 28.3 Mio. Franken festgelegt und seither der Teuerung (Personalkosten) und dem Landesindex (Sachkosten) angepasst. Aktuell, d.h. im Jahr 2025, bezahlt die Stadt für die Leistungen gemäss Ressourcenvertrag rund 31.25 Mio. Franken an die Kantonspolizei.

Im März 2010 wurde der Gegenvorschlag zur Initiative für eine sichere Stadt Bern von der Bevölkerung angenommen. Dieser sah u.a. einen Ausbau der sichtbaren Fusspatrouillenpräsenz um insgesamt 20 000 Stunden pro Jahr vor. Geregelt wurde dieser Ausbau in einer separaten Vereinbarung. Der Ressourcenvertrag blieb dabei unangetastet. Der Ausbau der Leistungen war gemäss Vereinbarung mit zusätzlichem finanziellem Aufwand der Stadt Bern von 1.92 Mio. Franken pro Jahr verbunden. Im Jahr 2022 betrug die Abgeltung aufgrund dieser Vereinbarung teuerungsbedingt rund 1.94 Mio. Franken.

Im März 2021 beschloss der Gemeinderat im Rahmen einer Haushaltentlastungsmassnahme zum Finanzierungs- und Investitionsprogramm (FIT) eine Reduktion der zusätzlichen sichtbaren Fusspatrouillen der Kantonspolizei von 20 000 auf 7 200 Stunden und passte hierfür die Vereinbarung mit Wirkung auf Januar 2023 an. Diese 7 200 Zusatzstunden sollten nunmehr spezifisch für die Prävention und Bekämpfung der Jugendkriminalität eingesetzt werden. Festzuhalten gilt es, dass die sichtbare Präsenz gestützt auf den Ressourcenvertrag (die oben erwähnten 72 000 Stunden pro Jahr) stets aufrecht erhalten blieb und die Kantonspolizei diese Vorgabe mehrheitlich auch einhalten oder gar übertreffen konnte.

Zusammenarbeit von Stadt und Kantonspolizei Bern im Bereich der Sicherheit

Nach kantonalem Polizeigesetz verbleibt die Gewährleistung der Sicherheit eine gemeinsame Aufgabe von Gemeinden und Kanton. Der Gemeinderat der Stadt Bern hat sich stets für die Sicherheit eingesetzt und neben den bei der Kantonspolizei eingekauften Ressourcen auch mit eigenen Projekten auf die Sicherheit und Prävention eingewirkt. Das kantonale Recht erlaubt auf der einen Seite dem Gemeinderat, Schwerpunkte im Bereich der öffentlichen Sicherheit zu setzen und so Einfluss auf die Sicherheitslage an neuralgischen Orten zu nehmen. Auf der anderen Seite nimmt die Kantonspolizei eine originäre Verantwortung wahr, um die Sicherheit und Ordnung auf dem ganzen Gebiet des Kantons jederzeit zu gewährleisten. Besonders bei der Verfolgung von Straftaten muss die Polizei aus ihrer gerichtspolizeilichen Verantwortung heraus von sich aus die Ressourcen planen und selbst aktiv werden.

Die Anliegen der Motionär*innen

Das Anliegen der Motionär*innen, sich für die öffentliche Sicherheit in der Stadt Bern einzusetzen, kann auch der Gemeinderat voll und ganz unterstützen.

Die Motionär*innen leiten aus der Kriminalitätsstatistik, aus einzelnen Vorfällen bei Demonstrationen oder aktuellen Entwicklungen im Migrations- oder Suchtbereich den Bedarf nach Aufstockung der Polizeipräsenz auf das vor 2023 geltende Niveau ab.

Wie dargelegt, bezieht die Stadt Bern bei der Kantonspolizei Bern sicherheits- und verkehrspolizeiliche Leistungen, gestützt auf einen Pauschalvertrag, bei welchen auch auf Schwankungen und wechselnde Herausforderungen reagiert werden kann. Es trifft zwar zu, dass bei den polizeilich registrierten Straftaten des Jahres 2024 eine Zunahme feststellbar ist. Eine solche Entwicklung muss im Auge behalten werden, auch wenn für Schlussfolgerungen nähere Betrachtungen nötig sind oder der statistische Trend über eine längere Zeitdauer verfolgt werden muss (Schwankungen in der Kriminalitätsentwicklung sind nicht unüblich). Wie oben dargelegt und auch von den Motionär*innen erkannt wird, ist von der Zunahme der polizeilich registrierten Straftaten nicht nur die Stadt Bern betroffen und auf dem Gebiet von Stadt und Kanton Bern auch Letzterer gefordert. In der ganzen Schweiz sind trotz unterschiedlicher und teilweise auch höherer Polizeidichte als im Kanton Bern die angezeigten Straftaten zunehmend, besonders in den städtischen Zentren. Fokussiert man auf die angezeigten Gewaltdelikte im Jahr 2024, steht die Stadt Bern wiederum sehr gut da: unter allen grösseren Städten mit über 100'000 Einwohnenden fungiert die Stadt Bern in Sachen Häufigkeit (Gewaltdelikte pro 1 000 Einwohnende) von Gewaltstraftaten auf dem zweitletzten und damit aus Sicherheitsbetrachtung zweitbesten Rang (vor Genf, Zürich, Basel, Lausanne und hinter Winterthur)⁸.

Die Entwicklung der Sicherheitslage wird im ständigen Austausch zwischen der Kantonspolizei und der Stadt (Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie) sorgfältig beobachtet und analysiert (regelmässiger Austausch alle 2 Wochen, monatliche Lageentwicklung, darüber hinaus situativer Austausch bei Bedarf, Vorbereitung und Nachbereitung von Grossereignissen u.a.m.). Die Entwicklung der Sicherheitslage ist sodann Gegenstand eines Jahresgesprächs des Polizeikommandos mit dem Gesamtgemeinderat. Bei Bedarf finden auch Absprachen mit der kantonalen Sicherheitsdirektion statt.

⁸ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kriminalitaet-strafrecht.assetdetail.34387265.html>

Der Gemeinderat erachtet es weder als nötig noch als zweckmässig, gestützt auf die Kriminalitätsstatistik 2024 einen Ausbau der Vereinbarung über die Polizeipräsenz einzuleiten. Zum einen erlaubt der Ressourcenvertrag in hinreichendem Masse, eine solche Präsenz zugunsten der Sicherheit und der Bewältigung aktueller Herausforderungen zu gewährleisten. Zum anderen betrachtet der Gemeinderat die mit der angepassten Vereinbarung vorgenommene Fokussierung auf die Prävention und Bekämpfung der Jugendkriminalität nach wie vor als richtig und wichtig. Darüber hinaus lassen sich die aktuellen Herausforderungen nur mit koordinierten Strategien und Massnahmen angehen, die über einen Ausbau der Polizeipräsenz hinausgehen müssen. So ist etwa bei der geschilderten Entwicklung von strafbaren Handlungen im Bereich der irregulären Migration wesentlich, dass eine Zusammenarbeit über alle zuständigen Behörden von Bund bis Gemeinde und von Exekutive bis Judikative im Sinne eines Case-Management stattfindet. Der Bund hat im Rahmen einer Taskforce Optimierungen angestossen, die auch von der Kantonspolizei und der Fremdenpolizei der Stadt Bern mitgetragen werden.

Zu den von den Motionär*innen genannten Einzelfällen anlässlich von Kundgebungen konnte der Gemeinderat bereits anlässlich diverser parlamentarischer Vorstösse Stellung beziehen. Er verzichtet deshalb darauf, sich an dieser Stelle zu wiederholen. Auch in diesem Bereich der Kundgebungen betrachtet er die polizeilichen Ressourcen als ausreichend und die Steuerung und Schwerpunktsetzung im Einzelfall als zielführend.

Schliesslich werden die Fragen zu Entwicklungen und Szenarien im Suchtbereich auch von der Stadt Bern proaktiv angegangen. Dabei erfolgt der Austausch und die Zusammenarbeit interdisziplinär und auch städteübergreifend. Eine einseitige Massnahme wie die Erhöhung der Polizeipräsenz wird schweizweit als nicht zielführend angesehen bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen im Suchtbereich. Bislang ist die Situation bezogen auf die Stadt Bern im Bereich der hochpotenten synthetischen Opiode im illegalen Markt ruhig. Die Stadt bereitet sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und im Austausch mit den relevanten Akteuren auf ein mögliches Aufkommen der Substanzgruppe vor, um im Falle einer akzentuierten Situation rasch Massnahmen umsetzen zu können.

Fazit: Aufgrund der heutigen Lage und der genügenden Ressourcenausstattung verzichtet der Gemeinderat darauf, die Vereinbarung zur Erhöhung der uniformierten präventiven Polizeipräsenz wie von den Motionär*innen gewünscht anzupassen. Er lehnt die Motion deshalb ab.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Aufstockung der per 1. Januar 2023 vereinbarten 7 200 Stunden auf die vormals in der Vereinbarung festgelegten 20 000 Stunden präventiver Polizeipräsenz hätte eine Erhöhung der Abgeltung an die Kantonspolizei Bern um rund 1.3 Mio. Franken zur Folge.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 3. Dezember 2025

Der Gemeinderat